

Nora Langenbacher, Britta Schellenberg (Hg.)

EUROPA AUF DEM „RECHTEN“ WEG?

Rechtsextremismus und
Rechtspopulismus in Europa



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Berlin

FES **Projekt**
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS

ISBN 978-3-86872-684-8

Herausgegeben von

Nora Langenbacher und Britta Schellenberg
für die Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Projekt „Auseinandersetzung
mit dem Rechtsextremismus“
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Redaktionelle Bearbeitung (Deutsch und Englisch)

Nora Langenbacher
Britta Schellenberg

Redaktionelle Bearbeitung (Englisch)

Karen Margolis

Übersetzung (Englisch --> Deutsch)

Harald Franzen
Markus Seibel
Julia Maté

Übersetzung (Deutsch --> Englisch)

Karen Margolis
Julia Maté

Übersetzung (Italienisch --> Deutsch)

Peter Schlaffer

Lektorat (Deutsch)

Barbara Hoffmann

Lektorat (Englisch)

Jennifer Snodgrass

Layout

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Druck

bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Copyright © 2011 Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Vorwort7

RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA

Nora Langenbacher & Britta Schellenberg
**Einleitung: Ein Sammelband zu Erscheinungsformen
und Entwicklung der radikalen Rechten in Europa** 11

Martin Schulz, MdEP29
Rechtsextremismusbekämpfung als Aufgabe europäischer Politik

Michael Minkenberg39
**Die radikale Rechte in Europa heute: Trends und Muster
in West und Ost**

WESTEUROPA

Deutschland | Britta Schellenberg59
Die radikale Rechte in Deutschland:
Sie wird verboten und erfindet sich neu

Frankreich | Jean-Yves Camus85
Die extreme Rechte in Frankreich: Es ist zu erwarten, dass die
Landkarte neu gezeichnet werden wird

Großbritannien | Christopher T. Husbands 105
Die Situation der extremen Rechten in Großbritannien

Niederlande | Ronald Eissens & Suzette Bronkhorst 131
Rechtsextremismus und -populismus in den Niederlanden:
Nichts gelernt



Die radikale Rechte in Deutschland: Sie wird verboten und erfindet sich neu

Deutschland wird als Nation aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit mit dem Thema Rechtsextremismus verbunden. Das nationalsozialistische Deutschland hat die Ideologie der Ungleichwertigkeit und die Auslöschung als unwert definierten Lebens propagiert und umgesetzt. Der Holocaust und seine systematische Vorbereitung, aber auch das Wegschauen Vieler hat sich als Schreckensbild und Warnung in europäische Geschichtsbücher eingeschrieben. Warum gelingt es heute keinen rechtsextremen Parteien mehr, in den deutschen Bundestag einzuziehen – während in vielen Parlamenten Europas rechtsradikale Parteien sitzen? Wie hat sich der deutsche Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren entwickelt? Was ist sein aktuelles Erscheinungsbild und welche Tendenzen lassen sich verzeichnen?

Im ersten Teil des Aufsatzes werden die zentralen Akteure des Rechtsradikalismus¹ in Deutschland analysiert: Zuerst politische Parteien und ihre Wähler/innen, dann bewegungsförmige Organisationen und subkulturelles Milieu. Im zweiten Teil werden dann Einstellungen in der Bevölkerung und öffentliche Diskurse, die sich als affin zum Rechtsradikalismus erweisen, beleuchtet. Im dritten Teil schließlich geht es um die Frage, wie real und tragfähig eine transnationale Vernetzung der radikalen Rechten ist. Abschließend werden die Befunde ausgelotet und die aktuelle Bedrohung der pluralen und demokratischen deutschen Gesellschaft durch die radikale Rechte diskutiert.

1 Ich definiere die radikale Rechte nach Michael Minkenberg. Die Familie der radikalen Rechten umfasst auf der ideologischen Ebene: die extreme Rechte, die xenophobe Rechte, die populistische Rechte und die religiös-fundamentalistische Rechte. Auf der organisatorischen Ebene umfasst sie: politische Parteien, bewegungsförmige Organisationen und subkulturelles Milieu. Vgl. den Artikel von Minkenberg in diesem Buch.

I. Akteure

1. Politische Parteien: Rechtsradikale Akteure haben in der Bundesrepublik Deutschland stets an den Nationalsozialismus angeknüpft, Versuche eine moderne rechtsradikale Partei aufzubauen blieben bislang erfolglos.² Die heute einflussreichste rechtsradikale Partei in Deutschland ist die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD). Ihr Erscheinungsbild und ihre Situation sind charakteristisch für die Entwicklung der gegenwärtigen radikalen Rechten. Neben der NPD werden im Folgenden ebenfalls die DVU, die REP und die Pro-Parteien vorgestellt.

NPD: Die NPD gründete sich 1964. Sie schloss sich – zwölf Jahre nachdem die Nachfolgepartei der NSDAP, die *Sozialistische Reichspartei*, verboten wurde – aus mehreren rechtsradikalen Splittergruppen und der (in Rheinland-Pfalz bereits verbotenen) *Deutschen Reichspartei* zusammen. Funktionäre und Mitglieder waren vielfach Alt-Nazis. Das Programm der NPD beinhaltete zunächst eine heterogene Mischung aus nationalsozialistischen, antikommunistischen und zu Beginn auch konservativ-katholischen Elementen. Kernforderungen der Partei waren die deutsche Wiedervereinigung und eine Revision der Oder-Neiße-Grenze. Zwischen 1966 und 1968 zog die junge Partei in sieben Landesparlamente ein. Nachdem sie bei den Bundestagswahlen 1969 überraschend an der 5-Prozent-Hürde scheiterte (4,3 Prozent der Stimmen), wurde sie von inneren Richtungskämpfen geschwächt.

Unter ihrem derzeitigen Parteivorsitzenden Udo Voigt (seit 1996) gelang es der NPD, sich von ihrer Bedeutungslosigkeit seit den 1970er-Jahren zu emanzipieren. Noch im Jahr seiner Wahl gab sich die Partei ein neues, bis

2 Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus. Bezüge zum Nationalsozialismus. In: Gehl, Günter (Hg.) (2006): Vor 60 Jahren Kriegsende – Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bertuch Verlag: Weimar, S. 97–114, S. 97–100.

heute gültiges Parteiprogramm³: Es ist nationalistisch und völkisch, enthält antikapitalistische und nationalrevolutionäre Elemente und befürwortet einen nationalen Sozialismus. Die Partei ist offen systemfeindlich und propagiert ein biologistisches Rassekonzept mit daraus abgeleiteten politischen Forderungen (u. a. Enteignung und Ausweisung von Deutschen mit Migrationshintergrund). Unter Voigt knüpfte die NPD neue Netzwerke, insbesondere in „Mitteldeutschland“ – wie sie die fünf neuen Bundesländer nennt – und erschloss sich den Zugang zur sich seit den 1990er-Jahren ausbreitenden rechtsextremen Subkultur. 1998 verabschiedete die Partei auf ihrem Bundesparteitag ein „Drei-Säulen-Konzept“, mit dem sie sich von ihrer althergebrachten Rolle als reine Wahlpartei verabschieden wollte. Für den mittelfristigen politischen Kampf wurden drei strategische Agitationsfelder bestimmt: der „Kampf um die Straße“, der „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um die Wähler/Parlamente“.⁴ Hinter dem Konzept steht die Überlegung, dass die NPD nur politische Macht erlangen kann, wenn sie erstens Sympathisant/innen „auf der Straße“ mobilisiert und zweitens ihre völkisch-nationale Bildungsarbeit verstärkt, Parteimitglieder schult und intellektuelle Netzwerke schafft. Drittens wollte die Partei – auf Grundlage der beiden anderen Ziele – Wahlen gewinnen: In einem ersten Schritt kommunale und später dann regionale und nationale Wahlen. Ende 2004 wurde das Konzept um eine vierte Säule ergänzt: Mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ soll die extreme Rechte geeint werden. Dahinter steht die Einsicht, dass Wahlerfolge nur durch Kooperation mit anderen Rechtsparteien und den „Freien Kameradschaften“ erzielt werden können. Besonders aktiv geht die ehemalige Altherren-Partei heute auf Jugendliche zu, unter anderem durch Freizeitangebote oder die Verteilung kostenloser CDs. Mit der seit 2006 in verschiedenen Versionen herausgekommenen NPD-Schulhof-CD wirbt sie für rechtsextremes Gedankengut und bezeichnet sich dabei gerne als „die Bewegung“.

3 Vgl. <http://www.npd.de/parteiprogramm/> (31.8.2010).

4 Apfel, Holger (1999): „Alles Große steht im Sturm.“ Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart, S. 469 f., 359 f.



Cover der NPD
Schulhof-CD 2005

Die strategische Ausweitung der NPD von einer klassischen politischen Partei hin zu einer Organisation mit Bewegungskarakter sowie ihr Vorstoß in die Subkultur ist nicht nur zeitgemäß und gerade für junge Menschen attraktiv. Die Integration des subkulturellen und bewegungsförmigen Rechtsextremismus ist auch eine Antwort auf die sehr repressive ausgerichtete rechtsstaatliche Behandlung rechtsextremer Akteure in der Bundesrepublik Deutschland.⁵ Im Wechselspiel mit dem repressiven Staat hat sich der Rechtsextremismus in Deutschland weitgehend seiner festen und damit fassbaren Strukturen entledigt. Die NPD knüpft inzwischen erfolgreich an dieses „Katz-und-Maus-Spiel“ an: Sie steigt in die Subkultur ein und versucht, eine auf Provokation bedachte „Gegenwelt“ mitzugestalten. Zudem wird sie zunehmend deutlicher in ihrer prinzipiellen Ablehnung des Grundgesetzes.⁶ Die Partei ist verfassungsfeindlich – dass sie nicht verboten ist, liegt vor allem am Scheitern des ersten Verbotverfahrens (2001–2003) aufgrund von Verfahrensfehlern und an der Befürchtung einiger Innenminister, die NPD könnte mit einem Verbot noch stärker im schwer kontrollierbaren Untergrund agieren.⁷

-
- 5 Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts. C·A·P Analyse, 2/2008; <http://www.cap.lmu.de/download/2008/CAP-Analyse-2008-02.pdf> (31.8.2010).
 - 6 Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.
 - 7 Liberale Parteien wie die Grünen sprechen sich meist gegen ein Verbot aus, weil sie andere Konzepte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus für zielführender halten (z.B. Stärkung zivilgesellschaftlichen Gegen-Engagements).

Die NPD bemüht sich allerdings heute auch um Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft. In den sich als abgehängt begreifenden Milieus und Regionen (strukturschwach, Bevölkerungsrückgang) gelingt es ihr, mit nationaler Sozialromantik und Beratungsangeboten auch für breitere Wählerschichten attraktiv zu sein. Im Jahr 2010 verfügt die Partei in einigen Gegenden, vor allem in ostdeutschen Bundesländern, über eine recht aktive und stabile Basis, die sich auch in Mandaten in Städte- und Gemeinderäten manifestiert. Aktuell verbucht sie zudem auf Länderebene Wahlerfolge: in Sachsen (Wahlen 2004: 9,2 Prozent; 2009: 5,6 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (Wahlen 2006: 7,3 Prozent). In Thüringen verfehlte sie 2009 nur knapp den Einzug in den Landtag (2009: 4,3 Prozent). Ihr relativ gutes Ergebnis im Saarland (2004: 4 Prozent) konnte sie 2009 nicht wiederholen.

In jüngster Vergangenheit befindet sich die NPD aus verschiedenen Gründen in einer „Existenzkrise“. Im Frühjahr 2009 verhängte die Bundestagsverwaltung aufgrund gravierender Mängel im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007 eine Strafzahlung in Höhe von 1,7 Millionen Euro gegen die Partei. Zudem reichte der Schatzmeister zeitgleich eine Selbstanzeige ein, die nahe legte, dass es auch 2006 Unregelmäßigkeiten gegeben hatte. Seit 2009 bereiten zudem mehrere Innenminister (v. a. SPD-regierter Länder) ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD vor. Obgleich die Partei vom staatlichen Repressionsdruck und auch von internen Kämpfen (zwischen radikalen und gemäßigeren Strömungen) und Skandalen (u. a. Kinderporno-Skandal eines sächsischen Abgeordneten) erschüttert wird, ist die NPD im Jahr 2010 dennoch die erfolgreichste rechtsradikale Partei Deutschlands.

Neben der NPD konnten in den vergangenen Jahren vor allem die *Republikaner* (REP) und die *Deutsche Volksunion* (DVU) Wahlerfolge erzielen. Die Republikaner, aber auch die Deutsche Volksunion, verlieren jedoch seit Jahren an Bedeutung.

Deutsche Volksunion (DVU) – Kooperationen mit der NPD: Die Gründung der DVU ist im Zusammenhang mit einer Fragmentierung und partiellen Radikalisierung des Rechtsradikalismus in den 1970er- und 1980er-Jahren zu sehen. Die Partei, die sich aus national-konservativen Traditionen speist, wurde 1971 als Verein, 1987 als Partei gegründet. Die DVU wird auch als „virtuelle Partei“ bezeichnet, weil sie über keine aktive Parteibasis verfügt und maßgeblich von ihrem Gründer, Finanzier und ehemaligen Parteivorsitzenden, dem Millionär Gerhard Frey, geführt wird. In den 1990er-Jahren hatte sie eine relativ hohe Anzahl an Parteimitgliedern (1992: 26.000), die aber seit Jahren drastisch schrumpft (2008: 6.000). Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in Nord- und Ostdeutschland. Wahlerfolge verbuchte sie in Schleswig-Holstein (1992: 6,3 Prozent), Sachsen-Anhalt (1998: 12,9 Prozent) und Brandenburg (1999: 5,3 Prozent; 2004: 6,1 Prozent). Nur in Brandenburg gelang ihr 2004 zum zweiten Mal der Einzug in den Landtag. 2009 verlor die DVU ihre dortigen Sitze im Brandenburger Landtag und steuert seither auf die Bedeutungslosigkeit zu. Die kontinuierlichen Erfolge der DVU in der Hansestadt Bremen (1991: 6,2 Prozent; 1999: 3,0 Prozent; 2003: 2,3 Prozent; 2007: 2,7 Prozent) erklären sich aus dem dortigen speziellen Wahlrecht (Wahlerfolg in Bremerhaven reicht für den Einzug) und nicht aus einer breiten Unterstützung durch die Bremer Bürger.

Vor den Landtagwahlen in Brandenburg und Sachsen im Jahr 2004 trafen DVU und NPD eine Wahlabsprache, den sogenannten „Deutschlandpakt“. Durch den Wegfall rechtsradikaler Konkurrenz sollte das in Deutschland notwendige Überspringen der 5-Prozent-Hürde auf dem Weg in die Parlamente besser möglich sein. Tatsächlich zog die DVU damals in den Brandenburger, die NPD in den Sächsischen Landtag ein. Der Deutschlandpakt wurde jedoch mit dem nicht vereinbarten Antreten der NPD bei den Landtagswahlen in Brandenburg 2009 beendet.

Der gegenwärtige DVU-Parteivorsitzende Matthias Faust hat gemeinsam mit der NPD-Führung im Juni 2010 eine Fusion der Parteien verabredet. Nach heftiger interner Kritik und Versuchen, Faust alle Befugnisse zu entziehen, haben DVU und NPD dennoch eine Mitgliederbefragung zur Fu-

sion durchgeführt, in der über 90 Prozent der Mitglieder der beiden Parteien für die Fusion stimmten.⁸ Im August 2010 ist ein Zusammenschluss beider Parteien unmittelbar absehbar. Parallel zu den Fusionsgesprächen hat sich im Juli 2009 eine Jugendorganisation der DVU, die „Junge Rechte“, gegründet, die mit einem modernen Internetauftritt auf sich aufmerksam macht.

Die Republikaner (REP): Die REP wurden 1983 von Neokonservativen aus Unzufriedenheit mit den konservativen Parteien CDU/CSU gegründet. Sie wollten eine rechtskonservative Wende einleiten. Die Republikaner waren vor allem Mitte der 1980er- bis Mitte der 1990er-Jahre unter Führung des charismatischen bayerischen Fernsehmoderators Franz Schönhuber erfolgreich. Ihre Erfolge beschränkten sich auf die alten Bundesländer, Zustimmung kam insbesondere aus Süddeutschland. In Baden-Württemberg erreichte die Partei rund 10 Prozent der Wählerstimmen (1992: 10,9 Prozent; 1996: 9,1 Prozent). Mit dem jetzigen Parteivorsitzenden Rolf Schlierer (seit 1994) hat sich eine eher konservative, weniger radikale Ausrichtung der Partei durchgesetzt. Heute ist die Partei fast bedeutungslos. Sie bekennt sich zum Grundgesetz, fordert allerdings die „Bewahrung der deutschen Heimat“ und richtet sich gegen eine „multikulturelle Gesellschaft“ und einen „Vielvölkerstaat“.

Weitere rechtsradikale Parteien – Die Bürgerbewegung PRO-Köln: Die vielleicht europäisch modernste Variante des Rechtsradikalismus in Parteienform, weil rechtspopulistisch daherkommend, ist die „Bürgerbewegung Pro-Köln“. Sie versteht sich selbst als „populistisch“, als „Bewegung der Bürger/innen“, und stellt das weitverbreitete Angstthema „Islam“ ins Zentrum ihrer politischen Agenda („Gegen die Islamisierung Kölns“). Weitere Feindbilder der Partei sind Roma und Migrant/innen insgesamt, sie werden vor allem als „Kriminelle“ thematisiert. Pro Köln wurde 1996 als Verein gegründet und zur Jahrtausendwende von Aktivist/innen aus

8 NPD: Eindeutiges Votum für Zusammenschluss von NPD und DVU; <http://www.npd.de/html/247/artikel/detail/1655/> (30.8.2010). Die NPD-Mitglieder jedoch unter dem Vorbehalt, durch die Fusion keine weiteren Schulden zu übernehmen.

der rechtsextremen Szene durchdrungen. Im Jahr 2004 gelang mit 4,7 Prozent der Einzug in den Kölner Stadtrat mit vier Mandaten. Ihr Ableger Pro-NRW ist gleichzeitig die flächenmäßige Ausdehnung von Pro-Köln. Die Parteien machen insbesondere durch Initiativen gegen den Bau von Moscheen auf sich aufmerksam.⁹ Pro-Köln ist aktuell die erfolgreichste von diversen rechtspopulistischen und rechtsextremen Wählervereinigungen.

Ähnlich stellt die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ aus Bayern das Thema „Feindlichkeit gegen Moslems“ ins Zentrum ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Der Partei, auch als „Tarnorganisation“ der NPD bezeichnet, gelang der Sprung in die Stadträte von Nürnberg (2008: zwei Mandate) und München (2008: ein Mandat).

Wahlen – Die Bedeutung der lokalen Ebene. Die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien fallen im europäischen Vergleich gering aus. Während die Parteien bei Landtagswahlen und Kommunalwahlen gewisse Erfolge verzeichnen, waren sie auf Bundesebene und bei den Europawahlen (Ausnahme: „Die Republikaner“ 1989: 7,1 Prozent) bislang bedeutungslos.

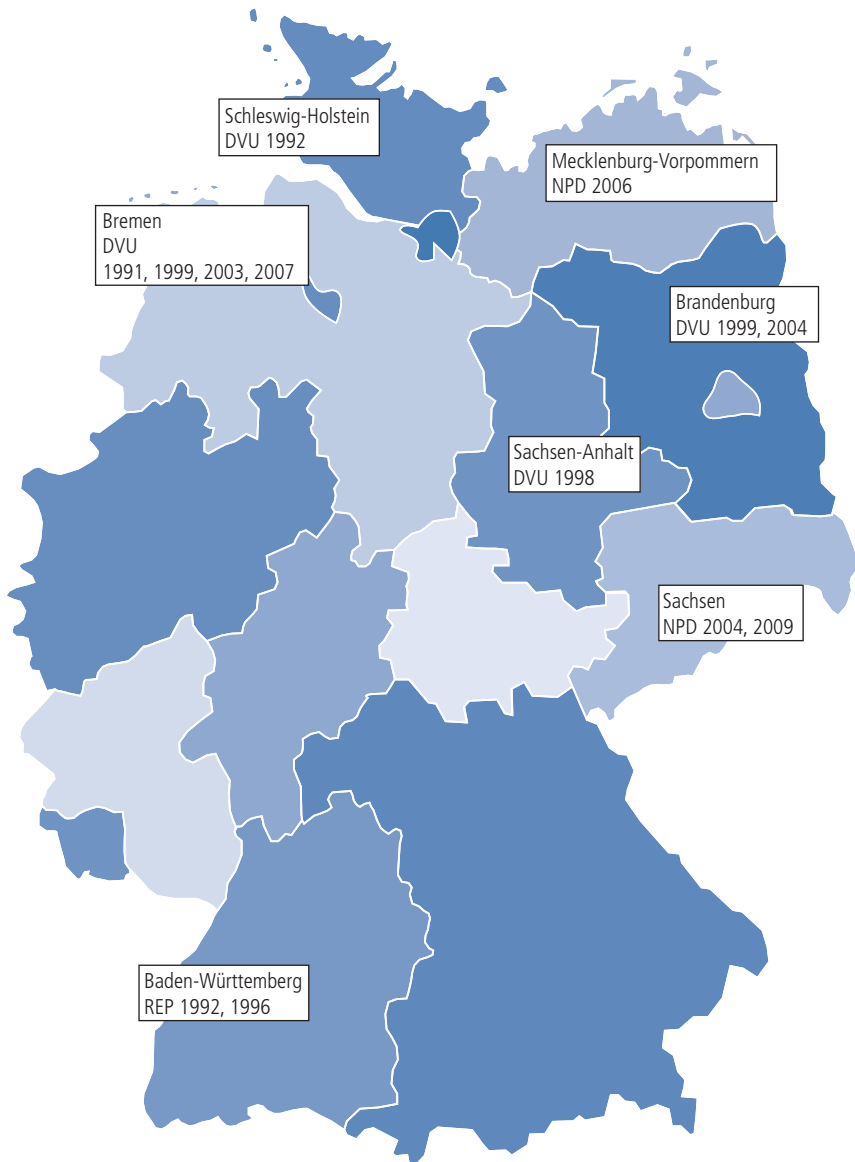
Es sind die kommunalen und regionalen Ebenen, auf denen rechtsradikale Parteien in Deutschland punkten können. Abgeordnete der DVU, NPD, REP sowie der Bürgerinitiative Ausländerstopp und PRO Köln sitzen in einigen Kreistagen, in Stadt- und Gemeinderäten. Begünstigt durch kommunale Wahlregeln, die vielerorts auf die sonst übliche 5-Prozent-Hürde verzichten und bereits bei 2 Prozent oder 3 Prozent kommunalpolitische Mandate vergeben, setzten rechtsradikale Parteien ihren Aufbau der Basis fort. Inzwischen sitzen insgesamt mehr als 200 Abgeordnete rechtsradikaler Parteien in deutschen Kreistagen. Prozentual hohe Erfolge (in Einzelfällen um 10 Prozent bzw. 20 Prozent) konnte die NPD jüngst bei

9 Häusler, Alexander (Hg.) (2008): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Kommunalwahlen in Sachsen (2004: 26, 2009: 72), Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und im Saarland verbuchen. Bei den letzten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern gewann die NPD in einzelnen Gemeinden über 30 Prozent der Stimmen. Dennoch bleibt der Erfolg der rechtsradikalen Parteien insgesamt betrachtet weiterhin begrenzt.

Direkt Politik mitgestalten können die rechtsradikalen Parteien bisher kaum. Der *cordon sanitaire*, an den sich alle übrigen Parteien halten, schließt die radikal Rechten von kooperativem Handeln aus und verwehrt ihnen Positionen in Arbeitsgruppen und Gremien. Ein Ende des *cordon sanitaire* in naher Zukunft ist unwahrscheinlich, gelten Rechtsradikale doch gemeinhin als inakzeptabel. Kurzfristiges gemeinsames Handeln kommt jedoch auf kommunaler Ebene vor: etwa wenn die NPD Themen wie Schulschließungen aufgreift oder den Abbau von Jugendangeboten beklagt. Hier kann es der NPD gelingen, Themen anzusprechen, die gemeinsames politisches Handeln zur Folge haben.

Ob die Erfolge auf kommunaler und regionaler Ebene längerfristig oder gar Vorbote einer Etablierung der radikalen Rechten auf nationaler Ebene sind, muss sich noch zeigen. In der Tat scheinen die Einzüge der NPD in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Erfolge in Thüringen eine beunruhigende, breite und längerfristige Unterstützung der NPD anzuzeigen. Auch die Ergebnisse der jüngsten Bundestagswahl spiegeln diesen Trend: Obwohl die Rechtsradikalen in nationalen Wahlen als chancenlos gelten, konnte die NPD 2009 in Sachsen immerhin 4 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 3,3 Prozent der Wähler/innen für sich mobilisieren (bundesweit: 1,5 Prozent).



Struktur der Wähler/innen: Eine repräsentative Wahlstatistik zu den Landtagswahlen in Brandenburg zeigt ein insgesamt für DVU- und NPD-Wähler/innen charakteristisches Bild: Im Jahr 2004 erreichte die DVU in Brandenburg ihre besten Ergebnisse unter Jungwähler/innen. Bei einem Gesamtergebnis von 6,2 Prozent kam die Partei in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen auf 13,5 Prozent und bei den 25- bis 35-Jährigen auf 11,2 Prozent. Männer stimmten insgesamt fast doppelt so oft rechtsextrem wie Frauen. Bei den 18- bis 25-Jährigen votierten sogar 17,6 Prozent der Männer für die DVU.¹⁰ Charakteristische Daten zum Bildungsstand, Milieu und Beruf der Wähler/innen sind: Schulabschluss der mittleren Reife, großteils Auszubildende, Arbeiter/innen sowie (etwas seltener) Arbeitslose.¹¹ Resümieren lässt sich: Die Wähler/innen der rechtsradikalen Parteien sind insgesamt vergleichsweise häufig männlich, gehören der Unterschicht oder unteren Mittelschicht an und sind jung. Selbst in Bundesländern wie Sachsen-Anhalt, wo die DVU nicht in den Landtag einziehen konnte, wählten ca. 10 Prozent der unter 29-Jährigen eine rechtsradikale Partei. Die Wahlkampagnen für junge Menschen scheinen aufzugehen: Die Unterstützer sind jung – sie fühlen sich von der Ablehnung gegebener Verhältnisse und dem propagierten „Nationalen“ und „Sozialistischen“ angesprochen. Was die regionale Verteilung betrifft, erzielten noch bis Mitte der 1990er-Jahre rechtsradikale Parteien in Westdeutschland bessere Ergebnisse als in Ostdeutschland. Seit Ende der 1990er-Jahre ist der Zuspruch im Osten höher als im Westen.

2. Bewegungsförmige Organisationen und subkulturelles Milieu: Inzwischen besteht ein heterogenes Netzwerk rechtsextremer Gruppierungen und Angebote in Deutschland, die sich zunehmend herkömmlicher staatlicher Kontrolle entziehen. Die Entwicklungen im subkulturellen und bewegungsförmigen Bereich zeigen die Innovationskraft des (aktio-

10 Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (Brandenburg): Landtagswahl 19.9.2004. Repräsentative Wahlstatistik. Potsdam Januar 2005; http://www.statistik.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/BVII2-5_04_online_LTW2004_repräWS_ebook.pdf (25.8.2010).

11 Vgl. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/sachsen-anhalt/wahlreport/1998/> (31.8.2010).

nistischen) deutschen Rechtsextremismus: Mit der Fragmentierung und Radikalisierung des Rechtsradikalismus in den 1970er- und 1980er-Jahren bildeten sich nicht allein neue Parteien wie die DVU und die Republikaner, es entwickelte sich auch ein aktionistischer Flügel, aus dem sich – zum Teil terroristisch agierende – neonazistische Kampfgruppen bildeten (u. a. 1973 die „Wehrsportgruppe Hoffmann“). Nach der Wende, Anfang der 1990er-Jahre, nahm alltägliche rechtsradikale Gewalt deutlich zu. „Faschogruppen“, die sich Ende der 1980er-Jahre bereits in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gebildet hatten, agierten offener und auch westdeutsche Kader nutzten die Auflösung der DDR, um in den neuen Bundesländern Strukturen aufzubauen. Nach Anschlagswellen auf Asylbewerberheime in Hoyerswerda und Rostock sowie Morden in Solingen und Mölln wurde eine Reihe rechtsextremer Organisationen verboten. Die Szene reagierte mit einem Strukturumbau und verzichtete fortan auf staatliche Zertifizierung (als Verein o. ä.): Das Konzept der lokal verankerten Kameradschaft, einem Zusammenschluss von etwa 10–30 Personen, und einem nunmehr losen Netzwerk wurde entwickelt. Die „Freien Kameradschaften“ oder deren regionale Einheiten, die „Aktionsbündnisse“, sehen sich als Teil eines „nationalen Widerstands“, einer „rechtsradikalen Einheitsfront“. In Deutschland gibt es etwa 150 regional und überregional agierende Kameradschaften. Hochburg ist Sachsen, wo es etwa 40 Kameradschaften gibt. Die „freien Nationalisten“ führen beispielsweise heidnische Feste (Sonnenwendfeiern) durch, treffen sich zu Konzerten, reisen zu Demonstrationen oder sonstigen rechtsradikalen Veranstaltungen. Vielfach sind sie auch für gewalttätige Übergriffe und für die Etablierung sogenannter „Angstzonen“ („no go areas) verantwortlich.¹² Da sich die „Kameradschaften“ mit ihren losen, „autonomen“ Strukturen staatlicher Repression zum Teil erziehen, wurden erst wenige verboten (etwa die „Kameradschaft Oberhavel“ und die Skinhead-Kameradschaft „Skinheads Sächsische Schweiz“).

12 „Angstzonen“ werden Gegenden genannt, in denen Mitglieder bestimmter (Bevölkerungs-) Gruppen in besonderem Maße mit gewalttätigen Übergriffen rechnen müssen und ihre Sicherheit nicht gewährleistet ist.

Seit ca. 2002 ist zudem eine neue Gruppierung zum festen Bestandteil – und Exportgut – des deutschen Rechtsextremismus geworden: die „Autonomen Nationalisten“. Sie kommen ursprünglich aus Berlin und Dortmund, haben sich aber inzwischen bundesweit verbreitet. Ihre Anhänger/innen sind meist sehr jung (ab etwa 14 Jahre) und übernehmen den Kleidungsstil und zum Teil auch Habitus der linker Gruppierungen, insbesondere des autonomen „Schwarzen Blocks“. Sie kleiden sich schwarz, häufig mit Palästinensertüchern, und nutzen das Internet als Rekrutierungs- und Propagandamedium. Ihre Videos, Chats und Blogs sind modern. Sie distanzieren sich meist nicht vom Nationalsozialismus, sind aber vor allem gegenwartsbezogen: Ihre Themen sind sozial, sie fragen nach Perspektiven für Jugendliche in der heutigen Gesellschaft. Zum Teil ist die Gruppe auch für Jugendliche in prekären Situationen attraktiv: Sie bietet ihnen Unterschlupf (z. B. Übernachtungsmöglichkeiten für Heimkinder) und Beschäftigung. Damit hat ihre soziale Kritik eine reale Basis. Allerdings ist die Fluktuation dieser Gruppe erheblich. Viele verlassen die Szene nach einigen Monaten wieder.

Demonstration
der NPD und
der Autonomen
Nationalisten



Neben Hardcore-Strukturen existiert ein weiteres verbreitetes Phänomen: rechtsradikal geprägte Jugendliche ohne konkrete Gruppenzugehörigkeit. Ein recht breites Angebot an rechtsradikaler Musik, Kleidung, modischen Accessoires und Codes wirkt auf eine zahlenmäßig schwer bestimmbare Menge an Jugendlichen anziehend. Diese Jugendlichen können (noch) nicht zum harten ideologischen Kern gezählt werden. Sie sind von der rechtsextremen Subkultur, ihren Produkten und Angeboten fasziniert. Rechtsradikale Musik ist – nicht zuletzt weil sie qualitativ

„besser“: professioneller? und vielfältiger geworden ist – unter einigen Jugendlichen in den vergangenen Jahren bekannter und beliebter geworden. Das Angebot reicht von Heavy Metal über Rock bis hin zu rührseligen Balladen. Die „Zillertaler Türkenjäger“, „Landser“, „Annett“ und „Faustrecht“ sind einige der beliebtesten „Rechtsrocker“.¹³ Gehört werden aber keineswegs nur deutsche Bands. Weiter haben sich rechtsradikale Läden und Versandhäuser, die modisches Szene-Outfit verkaufen, etabliert: Gern getragen werden gegenwärtig dunkle T-Shirts und Kapuzen-Shirts, Turnschuhe und Hemden mit rechtsradikalen Namen, Codes und Symbolen. Kleidermarken wie Thor Steinar, CONSTAPLE und Walhalla verweisen auf die Zugehörigkeit zur rechtsradikalen Szene. Geschulte Beobachter/innen können vielerorts rechtsradikale Codes entdecken: an Straßenschildern, U-Bahnzugängen oder Hauswänden und eben auch als Accessoires bei ansonsten nicht augenscheinlich rechtsradikalen Jugendlichen.

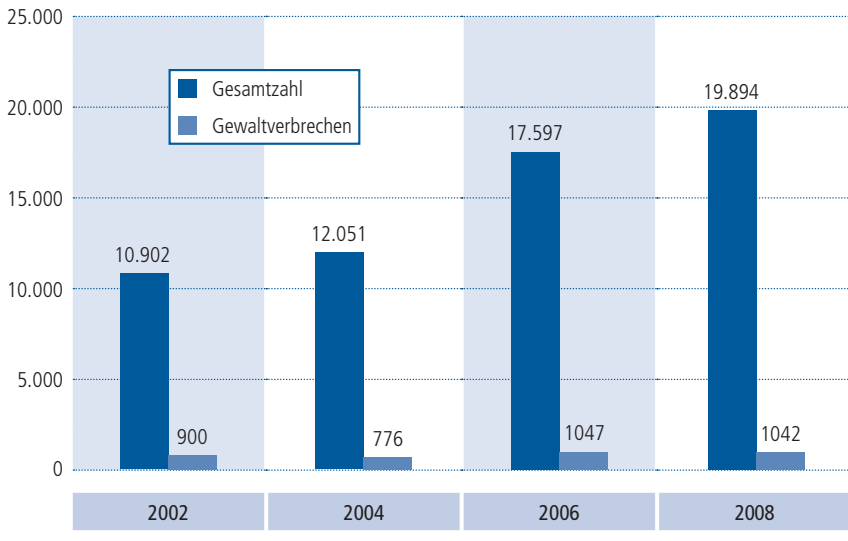
Straf- und Gewalttaten – Opfer: Während politische Parteien in Deutschland meist weniger erfolgreich als im europäischen Ausland sind, „brodelt“ die rechtsradikale Subkultur: Nach der Wende 1989 nahm die Anzahl rechtsradikaler Straf- und Gewalttaten drastisch zu. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre ging sie leicht zurück, um dann im Jahr 2000 wieder deutlich zu wachsen. Von 2002 bis 2008 hat sich die Anzahl der Straftaten fast verdoppelt, die Gewalttaten sind um rund 16 Prozent gestiegen (vgl. Grafik 1, S. 73). Gegenwärtig erreichen die erfassten Delikte einen traurigen Rekord: knapp 19.894 Straftaten, davon 1.042 Gewalttaten.¹⁴ Das bedeutet, dass es in der Bundesrepublik Deutschland täglich zu durchschnittlich (mindestens) zwei bis drei gewaltsamen rechtsradikalen Übergriffen kommt. Die Wahrscheinlichkeit, in den neuen Bundesländern Opfer rechtsradikaler Gewalt zu werden, ist drei bis vier Mal so hoch wie im Westen.

13 Schellenberg, Britta: Demokratie und Rechtsextremismus. Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik. Wochenschau Verlag: Schwalbach (im Erscheinen).

14 Wenn nicht anders vermerkt, wird sich bezogen auf: Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2009, S. 24–33. Ich beziehe mich auf das Jahr 2008, weil für die Daten 2009 noch mit Nachmeldungen zu rechnen ist. Vergleiche mit der Situation vor 2001 sind nur bedingt möglich, da das Bundesamt seine Erfassungsmethodik 2001 geändert hat.

Rechtsradikale Straf- und Gewalttaten

Grafik 1



Etwa die Hälfte der vom Verfassungsschutz für das Jahr 2008 erfassten rechtsextremen Gewalttaten sind fremdenfeindlich (395) oder antisemitisch (44). Ein weiterer beträchtlicher Teil der Gewalt richtet sich gegen (vermeintliche) Linksextremisten (358) und sonstige politische Gegner (76). Es handelt sich bei den Gewalttaten fast ausschließlich um Körperverletzungen. Eine im September 2010 veröffentlichte Studie des Tagespiegel und der ZEIT erfasst 137 Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt in zwanzig Jahren bundesrepublikanischer Geschichte (1990 bis 2010).¹⁵ Bemüht man den europäischen Vergleich, so ist rechts-extreme und rassistische Gewalt in Deutschland als hoch einzustufen.

15 Bei weiteren 14 Todesfällen besteht der Verdacht eines rechtsextremen oder rassistischen Hintergrunds. Verantwortliche Journalisten: Frank Jansen, Heike Kleffner, Johannes Radke, Toralf Staud. Vgl. <http://www.zeit.de/themen/gesellschaft/todesopfer-rechter-gewalt/index> (27.9.2010). Vgl. auch Rebecca Forner in Zusammenarbeit mit der Opferperspektive e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung, o. J., Wanderausstellung Opfer rechter Gewalt seit 1990; www.opfer-rechter-gewalt.de (27.9.2010).

Den Löwenanteil der Straftaten machen Propagandadelikte (14.262) aus. Hierzu zählen Aktivitäten (etwa das Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole), deren Verbot als Charakteristikum der bundesrepublikanischen „wehrhaften“ Demokratie verstanden werden muss und deren strafrechtliche Ahndung sich auf europäischer Ebene nicht durchsetzen konnte.¹⁶ Im westeuropäischen Vergleich sind Fälle von Nötigung/Bedrohung (144) und Sachbeschädigung (1.197) allerdings ebenfalls relativ hoch. Der Anteil der Volksverhetzung (u. a. Anstiftung zu Rassenhass) unter den Fällen ist beträchtlich. Durchschnittlich wird in Deutschland fast stündlich eine rechtsextreme Straftat erfasst.

II. Einstellungen und Diskurse

Verbreitung rechtsradikaler Einstellungen in der Bevölkerung

Einstellungsuntersuchungen verweisen auf einen Anteil von etwa 8,2 Prozent der Bevölkerung, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben. Damit ist die Anzahl der rechtsextrem Eingestellten nach einem kontinuierlichen Rückgang seit 2002 im Jahr 2010 erstmals wieder gestiegen. Nach der Studie „Die Mitte in der Krise“ der Universität Leipzig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung glauben knapp 35 Prozent, dass die Bundesrepublik Deutschland „durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet“ sei. Jüngst zugelegt haben insbesondere die Dimensionen „Befürwortung einer Diktatur“ (5,1 Prozent), „Chauvinismus“ (19,3 Prozent), „Ausländerfeindlichkeit“ (24,7 Prozent) und „Sozialdarwinismus“ (6,2 Prozent).¹⁸ Die Untersuchung zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) von dem Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer hält ähnlich hohe Zustimmungswerte zu fremdenfeindlichen

16 Vgl. entsprechende Diskussionen vor der Verabschiedung des EU-Rahmenbeschlusses 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft.

17 Vgl. Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin, S. 67; <http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf> (4.9.2010). Verschiedene Einstellungsuntersuchungen kommen zu Ergebnissen zwischen 5 und 20 Prozent.

18 Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010). Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Ed. Nora Langenbacher, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Äußerungen fest. Die Studie, die jährlich Daten erhebt, zeichnet vor allem eine steile Karriere der Islamophobie in der deutschen Bevölkerung nach. Sie verzeichnet für Deutschland – trotz eines eher geringen Anteils von Muslimen an der deutschen Gesellschaft (rund 5 Prozent) – eine Zustimmung von 46 Prozent zu der Aussage: „Es gibt zu viele Muslime“ in Deutschland, und 52,2 Prozent waren der Ansicht, dass der Islam eine intolerante Religion sei. Damit entsprechen die Meinungen der Deutschen zu Muslim/innen und dem Islam weitgehend denen der ebenfalls in der Untersuchung berücksichtigten restlichen europäischen Länder (Durchschnitt des Ländersamples: 44,2 Prozent; 54,4 Prozent). Allerdings stimmten die deutschen Befragten am seltensten dem Satz „die muslimische Kultur passt gut nach Deutschland“ zu (16,6 Prozent) – damit stehen die Deutschen (im Ländersampledurchschnitt: 31,3 Prozent) der muslimischen Kultur am kritischsten gegenüber.¹⁹ Weiter zeigt die Studie einen Zusammenhang zwischen verschiedenen „menschenfeindlichen“ Einstellungen: Danach richten sich menschenfeindliche Einstellungen auch gegen Obdachlose und Arbeitslose.²⁰ Eine weitere Entwicklung ist zudem in der Verbreitung des „neuen Antisemitismus“ zu sehen, der anders als der „alte“ Antisemitismus nicht mehr offen antisemitische Einstellungen preisgibt, sondern den Vorurteilen gegenüber Juden durch Israelkritik, insbesondere Gleichsetzungen zwischen Israel und dem Nationalsozialismus/Faschismus (auch dann, wenn es nicht um Israel und Israelis, sondern um Juden geht) Ausdruck verleiht.²¹ Trotz eines recht verbreiteten „neuen“ Antisemitismus sind auch die Zustimmungswerte zu offen antisemitischen Äußerungen recht hoch. Der Aussage, „die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks“ und „die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, stimmten knapp 15 Prozent der Befragten zu.²²

19 Zick, Andreas; Küpper, Beate (Dezember 2009): Meinungen zum Islam und Muslimen in Deutschland und Europa. Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa. Universität Bielefeld; http://www.uni-bielefeld.de/ikg/zick/Islam_GFE_zick.pdf (31.8.2010). Untersuchte Länder: D, GB, F, I, NL, P, PL, HU.

20 Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1–9, Frankfurt am Main 2002–2010.

21 Schellenberg, Britta (Februar 2005): Die Zähigkeit von Vorurteilen. Holocaust-Gedenken immunisiert nicht gegen Antisemitismus. In: Internationale Politik, Nr. 2, S. 48–55.

22 Decker, Oliver et al. a. a. O.

Eine Gefahr für die politische Kultur: ethnisierende und biologisierende Diskurse

Als besonders problematisch, weil rechtsradikale Einstellungsmuster befördernd, müssen aktuelle politische, mediale und öffentliche Diskurse zu den Themen „Migration“, „Ausländer/innen“ und „Islam“ bezeichnet werden. Während die deutsche Gesetzgebung mit dem reformierten Staatsangehörigkeitsrecht (2000) heute einer rein ethnischen Definition deutscher Nationalität widerspricht und auch das Zuwanderungsgesetz (2002/2004) Deutschlands neue Selbstwahrnehmung als Einwanderungsland widerspiegelt, beharrt ein Teil der Medien und der Bevölkerung weiterhin auf einem biologistischen Nationenbegriff. Die Betonung des Migrantensstatus bei bestimmten Deutschen, die damit, obwohl sie Deutsche sind, als „die anderen“ im Gegensatz zu „uns Deutschen“ hervorgehoben werden, ist oft Teil eines nach wie vor weit verbreiteten biologistischen Nationenbegriffs. Auffällig ist auch, dass fremd erscheinende Gruppen (Migrant/innen, Ausländer/innen) in der Berichterstattung – verglichen mit ihrem statistischen Anteil an der Wohnbevölkerung – deutlich überrepräsentiert sind. Sie werden zugleich besonders häufig negativ bewertet. Für das „Ausländerproblem“ wird vielfach das Handeln und Verhalten der Migrant/innen selbst verantwortlich gemacht, etwa durch bestimmte Verhaltenszuordnungen und Marginalisierungen. Sie werden überdurchschnittlich häufig als Kriminelle oder Auslöser von Konflikten dargestellt und seltener als „normale“, in Deutschland lebende Bürger/innen.

Die Ethnisierung oder Biologisierung problematischer gesellschaftlicher Verhältnisse oder individueller Dispositionen begünstigen eine rechts-extreme Wahrnehmung der Wirklichkeit: Konflikte werden als „Überlebenskampf bestimmter Menschengruppen/Rassen“ interpretiert und Individuen wird aufgrund ihrer Kategorisierung in ethnische oder kulturelle Gruppen eine bestimmte Wertigkeit zugesprochen sowie insgesamt Entwicklungsmöglichkeiten abgesprochen. Rechtsradikale docken zudem am provinziellen Wunsch nach Gleichheit und Homogenität, der Verur-

teilung und Ausgrenzung von Heterogenem und Individuellem sowie einer allgemeinen Skepsis gegenüber dem Demokratischen (als System und Lebensform) an.²³

Der soziale und demografische Wandel macht vielen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Angst. Während einige von den Chancen, die das Informationszeitalter und die globale Welt mit sich bringen, profitieren, fürchten andere, aufgrund dieser Veränderungen den Anschluss zu verlieren. Die Angst hat eine reale Basis, denn ein knappes Viertel der heutigen Schulabgänger/innen wird mit einer mangelnden Kompetenz in den Fertigkeiten des Lesens, Rechnens und naturwissenschaftlichen Fächern entlassen, die sie nur unzureichend befähigt, den Alltag zu bewältigen. Das Kompetenzniveau gilt als unzureichend für eine anschließende Berufsbildung. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen gibt es einen Sockel von knapp 25 Prozent sogenannter „Unvermittelbaren“, die kaum eine Chance haben, jemals erwerbstätig zu werden.²⁴ Ein zunehmender Teil der Bevölkerung empfindet die persönliche Zukunft nicht nur als unsicher, sondern erleidet ganz real ökonomische Einbußen und Prestigeverlust. Rechtsradikale Akteure können mit Protest gegen diese Entwicklungen punkten – wenngleich in Deutschland eingeschränkt, da die Partei DIE LINKE weiterhin als politische Vertreterin sozialer Fragen wahrgenommen wird und entsprechende Wähler/innen binden kann.

23 Zu fremdenfeindlichen Diskursen in der Bundesrepublik Deutschland siehe: Schellenberg, Britta: Country Report: Germany. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2009): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh, S. 179–248, S. 215 f.

24 Zu Ergebnissen vergleichender Bildungsuntersuchungen siehe: Schellenberg, Britta (November 2006): Integration ist Integration ist Integration. Deutschlands Einwanderungspolitik: Bildung ist der erste Schritt. In: Internationale Politik, Nr. 11, 61. Jahr, S. 90–96, S. 94.

Schleichende lokale Ausbreitung

Jüngere Veröffentlichungen haben die Ausbreitung des Rechtsextremismus auf lokaler Ebene untersucht. Dirk Borstel attestiert, dass „diverse Regionalanalysen [...] deutliche Hinweise auf eine zunehmende kommunale Verankerung rechtsextremer Strukturen“ geben und eine zunehmende Akzeptanz der Bürger gegenüber rechtsextremen Manifestationen (Organisationen, Parteien) bestätigen. In einigen Gegenden würden Rechtsextreme als „normale“ politische Akteure gelten. Weit fortgeschritten seien solche Tendenzen beispielsweise in zwei ostdeutschen Regionen: in Ostvorpommern und in der Sächsischen Schweiz.²⁵ Bereits 2005 schrieb der Journalist Toralf Staud von einer alltagskulturellen Dominanz rechtsextremer Ideologie in Teilen des ländlichen Ostdeutschlands und bezeichnete dieses Phänomen als „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“.²⁶ Ein Zeichen für die rassistische Prägung und das rechtsextreme Stimmungsbarometer ist neben Wahlerfolgen auch das Wohlbefinden von potenziellen Opfergruppen rechtsradikaler Gewalt. Opferinitiativen beklagen ein Klima rechtsradikaler Gewalt in bestimmten Gegenden und eine schweigende Zustimmung zu den Taten in der örtlichen Bevölkerung. Aus der Arbeit von Vereinen der Opferberatung ist bekannt, dass Opfer rechtsextremer Gewalt in einigen Gegenden keine Unterstützung in ihren Kommunen finden und eine große Hemmschwelle besteht, Probleme mit Rechtsextremismus und Rassismus öffentlich zu thematisieren.²⁷

Losing Formula „Nationalsozialismus“ und Pluralismus: Trotz des aufgezeigten „Potenzials“ rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung haben rechtsradikale Parteien in Deutschland bisher durchweg

25 Borstel, Dierk (2010): Der immergleiche braune Sumpf? Neuere Entwicklungen der rechtsextremen Szene. In: Albrecht, Jan Philip, MdEP (Hg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Die Grünen/Europäische Freie Allianz: Berlin, S. 9–20, S. 16; http://janalbrecht.eu/wp-content/uploads/2010/07/20100615_strategien_GE_final04-web.pdf (30.8.2010).

26 Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln.

27 Grell, Britta et al. (Hg.) (2009): Hate Crime Monitoring and Victim Assistance in Poland and Germany, eds. Więcej, Nigdy and Opferperspektive, Warsaw/Berlin. Vgl. auch: <http://www.opferperspektive.de/> (4.9.2010).

erhebliche Glaubwürdigkeits- und Durchsetzungsschwierigkeiten. Zum einen werden ihnen häufig personelle Inkompetenz, Korruption und persönliche Unzulänglichkeiten vorgeworfen. Zum anderen diskreditiert sie ihre Nähe zum Nationalsozialismus in der Wahrnehmung der meisten. Als „losing formula“ des Rechtsextremismus muss zudem die allgemeine anwachsende Zustimmung zu Pluralität und Individualismus gesehen werden. Einstellungsuntersuchungen zeigen, dass die ältesten Generationen (vor oder während des Nationalsozialismus geboren) stärker zu rechtsextremen Einstellungsmustern neigen als Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland geboren und sozialisiert wurden. Jüngere Generationen sind tendenziell liberaler und weltoffener, wenn auch nicht frei von rechtsextremen Einstellungen.²⁸ Die Shell-Jugendstudie (2010) zeigt, dass die Mehrheit der Jugendlichen dem gesellschaftlichen Wandel insgesamt positiv gegenübersteht. Sogar 84 Prozent verbinden mit der Globalisierung in erster Linie die Freiheit, in der ganzen Welt reisen, arbeiten und studieren zu können. Allerdings stehen Teile der Jugendlichen dem gesellschaftlichen Wandel auch skeptisch gegenüber, 10 Prozent fühlen sich bereits im jugendlichen Alter von ihrer Chancenlosigkeit erdrückt.²⁹

III. Transnationale Vernetzung der radikalen Rechten – tragfähige Bündnisse?

Nicht nur die kommunale Verankerung, auch das transnationale Netzwerk der radikalen Rechten ist im 21. Jahrhundert dichter geworden. Ein besonders relevanter Aspekt der globalen Vernetzung ist das Medium Internet. Der Austausch zwischen Rechtsradikalen, sowohl innerhalb

28 Bergmann, Werner (2001): Wie viele Deutsche sind rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch? Ergebnisse der empirischen Forschung von 1990–2000. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt a. M., S. 41–62.

29 Vgl. http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/downloads/#subtitle_1 (17.9.10).

Deutschlands als auch innerhalb Europas, wird immer üblicher. So ist der zunehmende Gebrauch wie die Internetplattformen *MySpace* und *YouTube* zu beobachten. Auch nutzen Musikgruppen (z. B. nationalsozialistische *Black Metal*-Gruppen) das Internet, um ihre Musik einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In Deutschland stellt die zunehmende Anzahl rechtsextremer, deutschsprachiger Internetseiten eine besondere Herausforderung für den Verfassungsschutz dar. Mit dem repressiven Instrumentarium des deutschen Staats kann ihnen nur unzureichend entgegen werden, weil Rechtsradikale hier (etwa durch Zusammenarbeit mit ausländischen Servern) nicht den Regeln des deutschen Rechtsstaats unterworfen sind.

In Deutschland zeigen Events wie das (bis zum Verbot 2005) jährlich stattfindende „Rudolf-Heß-Gedenken“ in Wunsiedel (Bayern), das „Fest der Völker – für ein Europa der Vaterländer“ in Jena bzw. Pößneck (Thüringen) oder der 1. Mai in Berlin (2010) den internationaler werdenden Rechtsradikalismus. Die NPD-Führung ist nicht nur an subkulturellen Veranstaltungen beteiligt, sie versucht auch die Beziehungen zu rechtsextremen Parteien im Ausland zu verbessern und zu vertiefen. Beispielsweise besuchte der Parteivorsitzende Udo Voigt im November 2004 das Europaparlament auf Einladung Alessandra Mussolinis (damals Vorsitzende der rechtsextremen *Alternativa Sociale*, heute Teil von Berlusconi's *Popolo della Libertà*), um eine verbesserte zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Rechtsradikalen Europas anzubahnen.³⁰ Allerdings halten sich einige einflussreiche europäische Parteien bislang strategisch von der rechtsextremen deutschen Partei fern – nicht zuletzt aus Angst vor Prestigeverlust. Bislang ist die NPD nicht Mitglied in Netzwerken erfolgreicher europäischer Wahlparteien, sondern Mitglied in einer extremen

30 Vgl. Grumke, Thomas (2010): Globalisierte Anti-Globalisten. In: Albrecht (Hg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament: Berlin, S. 26.

Poster vom
„Anti-Islam
Kongress“



Spielart des Rechtsradikalismus: der *Europäischen Nationalen Front*, zu der unter anderem auch *La Falange* (ES), *Noua Dreaptă* (RO) und *Forza Nuova* (I) gehören.

Thematisch zeigt sich, dass der Anti-Islamismus ein thematisch verbindender Ausgangspunkt für europäische Kooperationen ist. So beteiligt sich PRO-Köln am europäischen Netzwerk „Cities against Islamisation“, dem auch der belgische *Vlaams Belang* und die österreichische FPÖ angehören. Zu den Anti-Islam-Kongressen (2008 und 2009) in Köln war rechtsextreme Prominenz aus Europa angereist – allerdings konnten sie angesichts tausender Gegendemonstranten in Köln kaum wirksame Publicity entfalten. Im März 2010 organisierte Pro NRW einen „internationalen Kongress für ein europaweites Minarettverbot“ in Gelsenkirchen, wie in Köln waren Vertreter des *Vlaams Belang* und der FPÖ zugegen. Charakteristisch für den nationalsozialistisch geprägten deutschen Rechtsextremismus ist ferner insbesondere der internationale Austausch mit Holocaustleugner/innen – der als Schulterchluss mit moslemischen Antisemit/innen zum Teil erheblich im Kontrast zum Anti-Islamismus der radikalen Rechten steht.

Fazit und Ausblick

Die Entwicklung des deutschen Rechtsradikalismus ist von dem sehr repressiven Umgang staatlicher Akteure mit rechtsextremen Aktivitäten stark beeinflusst worden. Rechtsradikale Organisationsstrukturen und Aktivitäten haben sich stets verändert, angepasst und flexibel gestaltet. Ferner verlegen rechtsradikale Akteure mit der Nutzung des Internets und transnationaler Vernetzung ihre Aktivitäten ins liberalere Ausland und

entziehen sich auch damit der Repression. Diese Entwicklungen, insbesondere vor dem Hintergrund eines jederzeit und allen Orts zugänglichen rechtsradikalen Angebots, stellen die deutsche Gesellschaft und ihre Institutionen vor neue Herausforderungen.³¹

Anders als in den meisten Ländern Europas ist rechtsradikalen Parteien in Deutschland kein Durchbruch auf nationaler Ebene gelungen. Es manifestiert sich aber eine gewisse Verstetigung rechtsradikaler Orientierung in bestimmten Gegenden und Gruppen. So sind Rechtsradikale heute vor allem auf der kommunalen Ebene stark und prägen mancherorts bereits die Interpretation der Wirklichkeit. Entsprechend gewinnt die NPD seit einigen Jahren zunehmend lokale und regionale Mandate, vor allem in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands. Bemerkenswert sind zudem die gemeinsamen Entwicklungsmomente von NPD und rechtsextremer Subkultur seit Ende der 1990er-Jahre. Charakteristisch für den aktuellen deutschen Rechtsradikalismus sind seither eine lebendige Subkultur und diverse bewegungsförmige Organisationen. Die „Freien Kameradschaften“ und auch die „Autonomen Nationalisten“ sind Gruppierungen, die in Deutschland entstanden sind und sich inzwischen auch in anderen Ländern Europas etabliert haben. Charakteristisch ist zudem ein hoher Grad an Gewalttätigkeit der rechtsextremen Szene.

Auf ideologischer Ebene spielen nach wie vor der Antisemitismus und der Glaube an eine existenzielle Bedrohung der deutschen Identität durch verschwörerische Mächte eine dominante Rolle. Soziale Fragen werden als Aufhänger für Kampagnen und Demonstrationen thematisiert, sowohl bei den rechtsradikalen Parteien als auch bei Organisationen und subkulturellen Gruppierungen. Die radikale Rechte könnte weiter an Kraft gewinnen, wenn Vorurteile, Ängste und das Gefühl, Unterworfenen

31 Schellenberg, Britta: Strategies for Combating Right-Wing Populism and Racism. Steps towards a pluralist and humane Europe. In: OSCE/ODHIR (ed.): The Roma: A thorn in the side of new Europe? (im Erscheinen); Bertelsmann Stiftung (ed.) (2009): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh; Georgi/Hartmann/Schellenberg/Seberich (Hg.) (2005): Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

ungerechter Entwicklungen zu sein, in der Bevölkerung wachsen und politische Maßnahmen nicht ausreichend Gegengewicht entfalten. Ein weiterer Trend, von dem rechtsradikale Parteien bislang allerdings nur partiell profitieren (insbesondere Pro Köln), ist eine deutlich über das rechtsradikale Spektrum hinaus in der Bevölkerung verbreitete Feindlichkeit gegenüber Moslems und anderen Bevölkerungsgruppen (u. a. Migranten, Obdachlose). Auch die Tendenz einer Ethnisierung und Biologisierung gesellschaftlicher Problemlagen durch Medien und Vertreter/innen des öffentlichen Lebens ist hoch problematisch. In diesen Diskursen vermischen sich häufig Vorurteile gegen Migrant/innen und Ausländer/innen mit Vorurteilen gegen wenig Gebildete und sozial Schlechtergestellte – die sogenannte Unterschicht. Für die Entwicklung der rechtsradikalen Parteien wie des Rechtsradikalismus insgesamt wird es relevant sein, ob sich demokratische Parteien auch bei konflikthafter Themen in gesellschaftlichen Debatten mit einer menschenrechtlichen und demokratischen Auseinandersetzung durchsetzen oder ob diese Diskurse vorwiegend fremdenfeindlich geführt werden und sich damit fremdenfeindliche Vorurteile leicht in eine Unterstützung für rechtsradikale Akteure transformieren lassen.

Neben diesen günstigen Entwicklungsfaktoren für die radikale Rechte muss allerdings auch konstatiert werden, dass bei einem Teil der Gesellschaft die Wachsamkeit gegenüber rechtsradikalen (oder zumindest neonationalsozialistischen) Bestrebungen in den vergangenen Jahren gewachsen ist – insbesondere im nationalen öffentlich-politischen Raum. Dies ist dem unermüdlichen Engagement von einzelnen Meinungs- und Entscheidungsträgern (Journalisten, Rechtsanwälten, Politikern) sowie der kontinuierlichen Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich durch staatliche Förderprogramme entwickeln und professionalisieren konnten, zu verdanken. Insgesamt ist die deutsche Gesellschaft nicht nur heterogener geworden, sondern auch offener und liberaler. Es kann angenommen werden, dass eine kritische öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber der radikalen Rechten, interne Probleme der rechtsradikalen Parteien sowie der fortwährende Repressionsdruck breite Wahlerfolge der radikalen Rechten in Deutschland vorerst verhindern werden.